



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



4/2010

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Forst und der 17. April 1945

Am 13. Februar 1945, als britische Bomberstaffeln Dresden in wenigen Stunden in eine Trümmerwüste verwandelten, begann auch für Forst, das bis zu diesem Zeitpunkt keine Kriegszerstörungen zu erleiden hatte, eine schicksalsschwere Zeit.

Verbände der Sowjetarmee, konkret der 1. Ukrainischen Front, hatten am 14. Februar das östliche Neißeufer im Ortsteil Berge erreicht.

Obwohl völlig sinnlos, erklärten maßgeblich der damalige Oberbürgermeister Friedrich sowie verantwortliche Offiziere der Wehrmacht Forst zum Frontgebiet und bauten in der Stadt Forst Verteidigungsstellungen aus. Die »Strategen« um Friedrich wollten u.a. mit angebrachten Sprengladungen den Feind an den Neißebrücken aufhalten. (Die zerstörten Brücken erinnern nach 65 Jahren immer noch an jene Zeit). Mit Durchhalteparolen wie »die Schlacht um Berlin wird in Forst entschieden«, versuchte man, die unausweichliche Niederlage auf Kosten der Stadt hinauszuzögern. Ab 22. Februar begann der Beschuss der Stadt Forst mit dem Ziel, den militärischen Ausbau der Stadt aufzuhalten. Mehr als 50 Tage dauerte dieser Beschuss, bei dem über 84 Prozent der Stadt zerstört wurden. Nur 160 Bürger hatten diese Zeit in Forst überlebt. Der 17. April 1945 ging in die Chronik der Stadt als Tag der Befreiung ein. Jeder, der die damalige Zeit miterlebte, hat an den 17. April oder an den 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung des deutschen Volkes, seine persönliche Erinnerung – endlich kein Krieg mehr. Ein neues Leben konnte beginnen – Frieden – aber auch Niederlage, Vertreibung, Demütigung, Elend, Verlust von Hab und Gut ... Bei allem Verständnis für das schmerzliche Erleben jedes Einzelnen sollte der Maßstab für die objektive Geschichtsbetrachtung die Feststellung des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker sein, der im Jahre 1985 folgende Gedanken formulierte: »Der 8. Mai

1945 war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.«

Auch nach nunmehr 65 Jahren sind in Forst und Umgebung die Narben des Krieges von 1945 für jedermann noch sichtbar. Sorgen wir alle mit dafür, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht durch heutige politische Kreise verharmlost oder in Frage gestellt werden. Viele Anzeichen, auch im Spree-Neiße-Kreis unterstreichen die Aussage von Berthold Brecht: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch«.

Am 8. Mai dieses Jahres wird an den 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und damit auch an den Beginn des Kriegsendes in Forst gedacht werden. Die Gedenkfeier findet am 17. April, 11:00 Uhr, auf dem Forster Hauptfriedhof am Ehrenmal für die Gefallenen der Sowjetarmee statt.

**VVN – BdA
Gruppe Forst**

Spruch des Monats

*»Die Geschichte lehrt,
findet aber keine Schüler.«*

Ingeborg Bachmann

Treffpunkt Rosengarten

Rechtzeitig zum Frühlingsanfang trafen sich am Sonnabendvormittag Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung mit dem Bürgermeister und weiteren Ver-

tretern der Verwaltung zu einem Workshop, um über die weitere Entwicklung des Rosengartens bis zur 100-Jahrfeier 2013 zu beraten. Im Vorfeld hatte die Ver-



Teilnehmer der SVV-Fraktion DIE LINKE am Workshop (v.l.n.r.): Horst Beier, Anke Schwarzenberg, Ingo Paeschke, Erhard Kunick, Doris Dreßler, Heinz-Peter Bischoff

waltung bereits im vergangenen Jahr ein nicht in allen Teilen unumstrittenes Konzept zur touristischen Entwicklung des Kultur – und Freizeit-Areals an der Neiße erarbeitet und es zur Grundlage für weitreichende Fördermittelanträge gemacht. Nun legte die Verwaltung im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung ihre Gedanken, Pläne und die Finanzierungsvorstellungen den Teilnehmern detaillierter vor. ➤ S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Hoppe, hoppe Reiter, wenn das Geld fehlt, schreit er – 120.000 Euro für ein mittelmäßiges Reitturnier sind 'ne ganze Menge Kohle! Zusätzlich will man noch heiß begehrte, aber inzwischen sehr knappe Fördergelder einsetzen, da schütteln selbst die Pferde ihren Kopf, und ich sage

Hallöchen, liebe MB-Leser, und fange an zu träumen. Auf der letzten Pferdeversammlung beschloss der Rat der Lausitzer Reit- und Springpferde, an diesem Turnier nicht teilzunehmen, sondern das gesponserte Geld den Forster Kindern zu spenden, um damit während der Ferienzeit allen einen kostenlosen Eintritt ins Schwimmbad zu ermöglichen. Alle Pferde klapperten begeistert mit den Hufen, und ich wachte auf, vor mir die Zeitungsmeldung, dass Forst wieder eine Markthalle bekommen soll. Nicht schlecht, aber bevor man diese dann ebenfalls wieder abreißt, kann man sie ja zur Reithalle umfunktionieren, da haben (fast) alle Forster was davon. In naher Zukunft werden wir in Forst wahrscheinlich sowieso alle vom Auto aufs Pferd umsteigen müssen, um überhaupt noch voranzukommen. Da bietet sich vielleicht auch der Plantanenhain auf der Ostseite des Marktes als Pferdekoppel an. Egal, bleiben wir in der Gegenwart und freuen uns lieber am nächsten Wochenende auf ein spannendes Steherrennen auf der Radrennbahn und natürlich auf kluge Entscheidungen unserer Stadtverordneten, die der Stadtverwaltung helfen, immer im Sinne unserer Bürger tätig zu werden.

Euer Schorschel

Treffpunkt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Neben vielen guten Ideen, wie den Ausbau des zentralen Parkplatzes, die Neugestaltung des Spielplatzes oder den Umbau der Ausstellungshalle zeigten sich vor allem bei den Plänen zur Gestaltung der Reisigwehrlinsel die Schwierigkeiten, welche sich aus den Forderungen des Denkmal- und Naturschutzes ergeben, denen alle Maßnahmen im Rosengarten und der Wehrlinsel unterworfen sind. Auch in der Zusammenarbeit mit anderen Behörden gibt es derzeit noch erhebliche Unklarheiten und Probleme, die sich vor allem auf die Sanierung der Hochwasserschutzanlagen und

der damit verbundenen Stausysteme beziehen. Besonders interessant waren die Ausführungen des Vorsitzenden des Fördervereins Rosengarten, Rainer Engwicht, der erste Gedanken der Rosenfreunde zur inhaltlichen Gestaltung der Jubiläumsfeierlichkeiten darlegte. Für alle Anwesenden war erkennbar, dass es anspruchsvolle Ziele sind, bei denen einerseits viele Ideen und andererseits die aktive Mitarbeit aller Bürger bei Vorbereitung und bei der Durchführung gefragt sind. Abschließend wurde die Verwaltung beauftragt, zur Vorbereitung der Jubiläumsfeierlichkeiten kurzfristig entsprechende Arbeitsgruppen zu bilden.

Heinz-Peter Bischoff,
Vorsitzender des Ausschusses für Bau und Planung der SVV

Das Chaos nimmt seinen Lauf



Forst verfügt, bezogen auf seine Einwohnerzahl, über ein sehr umfangreiches Straßennetz. Trotzdem ist es durch geschickte Planung gelungen, die Innenstadt fast verkehrsfrei zu gestalten.

Die Berliner Straße wird gleich von zwei Seiten abgeriegelt. In der Bahnhofstraße wird schnell noch ein Gully repariert, und die Umleitungsstrecken sind mit Ampeln gepflastert, die den Verkehr mehr bremsen als leiten. Eine Abstimmung mit dem Brandenburgischen Straßenbauamt hat entweder gar nicht oder nur sehr schlecht stattgefunden. Für die Forster Bürger sind die Umwege eine erhebliche Belastung und auswärtige Besucher lernen Teile der Stadt kennen, die sie nie sehen wollten. Für die Einzelhändler der Innenstadt

allerdings sind diese Sperrungen existenzgefährdend. Warum gelingt in Forst nicht, was in anderen Städten ordentlich funktioniert? Das wäre z.B. eine Planung, die bei besonderen Witterungsbedingungen entsprechend angepasst wird und damit gleichzeitig Rücksicht auf Bürgerinteressen nimmt. Die Verwaltung ist dringend gefordert, das Umleitungskonzept zu überprüfen und an den neuralgischen Punkten zu verbessern, einschließlich der notwendigen Beschilderung und einer sinnvolleren Ampelsteuerung.

Zum Schluss bleibt hier noch die Frage, zu welcher Statistik die Unfälle gezählt werden, die ursächlich durch den Kreiselsbau entstehen? Ist daran nun die alte Verkehrsführung am Bahnübergang schuld oder gehen diese dann schon zu Lasten des neuen Kreisels?

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender

Bankenabgabe

Pünktlich vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen denkt die schwarz-gelbe Koalition über eine »Bankenabgabe« nach. Die Finanzinstitute sollen in einen Fonds einzahlen, der in einer erneuten Finanzkrise als Rücklage für Rettungsaktionen dienen würde.

Diese Idee klingt wohlfeil, ist aber wohl kein ernsthaftes Anliegen der Koalition. Wirtschaftsminister Brüderle meldete sich einen Tag nach Ankündigung der Abgabe an die Presse und sagte, man dürfe sie »nicht zu hoch« ansetzen. Das überrascht nicht. Jenseits symbolpolitischer Vorhaben sind Union und FDP wohl kaum bereit, ihren Kumpanen aus der Finanzindustrie ernsthafte Zugeständnisse abzurufen.

Das stößt nicht nur dem linken Spektrum auf. Bundespräsident Köhler sagte kürzlich: »Es geht um das Primat der Politik in der Demokratie. Wir werden eine Ordnung der Freiheit nur dann bewahren können, wenn der Staat den Kampf gegen das große Geld aufnimmt – und gewinnt.«

Der Bundespräsident ist unverdächtig, den Forderungen der LINKEN nahezustehen. Dennoch stützt er unsere fundamentale Kritik der zerstörerischen Rolle der Finanzindustrie in unserem Gemeinwesen. Keine andere Industrie hat dem Gemeinwesen in kurzer Zeit so massiv geschadet, um wenigen Reichen massiv zu nützen.

Vermögenszuwächse werden in Deutschland vor allem durch Kapitalvermögen erzielt. Normale Arbeit führt kaum mehr zu Vermögensbildung – der Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermö-

gen ist in Deutschland weitgehend aufgelöst. Der Aufschwung der Jahre 2006 bis 2008 war deshalb eine Mogelpackung: Wenige haben übermäßig viel verdient – und dies, ohne dafür zu arbeiten. Das tut ihr Geld für sie.

Die Privatvermögen in Deutschland übersteigen heute bereits 6,6 Billionen Euro. Zwei Drittel davon gehören den reichsten 10 Prozent der Deutschen. Sie haben vor der Finanzkrise besonders von den Finanzjongleuren in den Geldinstituten profitiert. Nun sollten auch sie zahlen. Die Erbschaftssteuer für Reiche muss steigen, eine Vermögenssteuer neu eingeführt werden. Erst wenn die Regierung hierzu bereit ist, handelt sie glaubwürdig. Mit der Bankenabgabe ist der Gerechtigkeit noch kein Genüge getan.

Wolfgang Nešković, MdB

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

»Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung.«

Diesen Gedanken Rosa Luxemburgs formulieren auch unsere Gerichte. 1956 schrieben die Richter des Bundesverfassungsgerichts: »Die freiheitliche Demokratie ist von der Auffassung durchdrungen, dass es gelingen könne, Freiheit und Gleichheit der Bürger trotz der nicht zu übersehenden Spannungen zwischen diesen beiden Werten allmählich zu immer größerer Wirksamkeit zu entfalten und bis zum überhaupt erreichbaren Optimum zu steigern.«

Das ist der Auftrag des Grundgesetzes. Das haben uns die Verfassungshüter in das politische Stammbuch geschrieben. Vierundsiebzig Jahre später hält man die – spärliche – Verwirklichung dieses Auftrages für spätrömische Dekadenz. Herr Westerwelle vergleicht die Lebenswirklichkeit von Hartz-IV-Empfängern mit dem luxuriösen Alltag der römischen Oberschicht in der Spätantike.

Spätrömische Dekadenz existiert leider wirklich in Deutschland. Nie zuvor gab es in der Bundesrepublik so viel Reichtum in den Händen so Weniger. Reichtum – der nutzlos an den Börsen dieser Welt verzockt wird, zu Lasten der Allgemeinheit. Wenn Herr Westerwelle also wissen will, wie die Dekadenz der römischen Oberschicht in etwa ausgesehen haben mag, sollte er das Lebensumfeld einiger Menschen untersuchen, die seiner Partei regelmäßig Großspenden zukommen lassen.

Westerwelles historisch völlig ahnungslose Aufregung hatte aber Gründe. Sein aggressiver Eifer wurde durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV entfacht. Wieder hatte das Gericht über den Wert der Gleichheit in unserer Gesellschaft zu entscheiden. Am 9. Februar 2010 stellte es fest, dass die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze gegen den vornehmsten Artikel unseres Grundgesetzes und gegen eines ihrer tragenden Prinzipien verstößt: gegen die Menschenwürde und gegen das Sozialstaatsprinzip. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass ein einklagbarer

Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums besteht. Dieser Anspruch ist »unverfügbar« und muss »stets« gewährleistet sein. Das war eine kleine juristische Revolution im Namen der Gleichheit. Wir benötigen größere juristische Revolutionen, um den Geist unserer Verfassung zu verwirklichen. Denn die Vision des Grundgesetzes scheitert an der Blindheit der Mehrheitspolitik. Sie sieht den sozialen Gehalt der Verfassung nur mit Mühe. Sie übersieht ihn mit Leichtigkeit. Man muss dafür sorgen, dass dieses willentliche Übersehen sicher ausgeschlossen wird. Auch ohne die Hilfe des Bundesverfassungsgerichts. Wir benötigen im Text des Grundgesetzes Präzisierungen des Sozialstaatsprinzips und konkrete soziale Grundrechte.

Wir benötigen Formulierungen im Verfassungstext wie diese: »Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft. Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.«

»Die Arbeit ist die Quelle des Volkswohlstandes und steht unter dem besonderen Schutz des Staates.«

»Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.«

Diese Formulierungen stammen aus der bayerischen Landesverfassung. Ihre Vorstellungen weisen in eine humanere Gesellschaft als die gegenwärtige. Sie blieben unrealisiert. Doch wir benötigen den Mut, die humane Utopie in die Tat umzusetzen.

Das ist das politische Ziel meiner Arbeit als Abgeordneter. Ich hoffe, Sie unterstützen mich hierbei.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Wolfgang Nešković, MdB



EINLADUNG

zum öffentlichen Vortrag mit Diskussion

65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs melden sich aus mehreren Ländern Politiker und Autoren, die wieder einmal die Geschichte umschreiben wollen. In Deutschland ist die alte – schon bevor der letzte Schuss gefallen war – entstandene Aufgabe geblieben, die Wahrheit an die Stelle von Legenden und Ausflüchten zu setzen. Im Kern geht es wie schon 1945 darum, von den Wirkungen zurückzugehen auf die Ursachen, die wirklichen, nicht die erfundenen und vorgetäuschten. Deshalb spricht und diskutiert öffentlich mit allen Interessierten

Prof. Dr. Kurt Pätzold
Historiker, Berlin

am Dienstag, dem 27. April 2010,
18:00 Uhr im Versammlungsraum
der Gewerkschaft ver.di,
Cottbus, Calauer Straße 70
über das Thema

**Verstümmelte Rückblicke
Gegen Geschichtsbilder,
die keine Ursachen kennen.**

Dazu laden wir jedermann herzlich ein.

Zwei Veranstaltungen mit unterschiedlicher öffentlicher Aufmerksamkeit



**In aller Stille und von
der Öffentlichkeit fast
unbemerkt fand am
Sonnabend, dem 20.03.
2010, unser Kreispar-
teitag statt.**

Neben Tagesordnungspunkten, die sich mit der Auswertung des Landratswahlkampfes und der Landratswahl im Kreistag beschäftigten, musste auch eine Vertrauensfrage beantwortet werden.

Wir – der Ortsverband Forst – hatten den Antrag gestellt, dass der Kreisvorsitzende Diethelm Pagel sich in einer geheimen Abstimmung dem Vertrauensvotum stellt. Diese Frage wurde im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen Stasivorfällen gestellt. Dabei ging es uns in erster Linie darum, wie er selbst mit seiner Vergangenheit umgeht. In seiner persönlichen Erklärung war auch diesmal mehr Verdrängung als Aufarbeitung erkennbar. Viele Genossinnen und Genossen sahen das allerdings anders, 85 Prozent der Anwesenden gaben ihm ihr Vertrauen.

Eine andere, aber ebenso wichtige Veranstaltung, die der Ortsverband Forst am 30. März 2010 durchführte, wurde dage-

gen mit großem Interesse in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Thema dieser Veranstaltung waren die Strukturen und die Arbeitsweise des ehemaligen MfS und der Einfluss der SED auf diese Arbeit. Obwohl es kein einfaches Thema ist, weil es oft schmerzt und nicht selten die eigene Lebensgeschichte berührt, haben wir uns dieser Diskussion gestellt und trotz einer angeregten Diskussion noch längst nicht alles aufgearbeitet.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

WIR LADEN HERZLICH EIN!

Am 1. Mai 2010
Max-Seydewitz-Platz

**Info-Stände • Diskussionen
Ansprachen
Kulturelle Umrahmung
Gastronomische Versorgung**

Außerdem führt am 1. Mai unser Ortsverband wieder den traditionellen Autokorso durch. Treffpunkt ist um 9 Uhr auf dem Aldi-Parkplatz. – Wer sich mit seinem PKW daran beteiligen möchte, melde sich bitte in der Geschäftsstelle, Tel.: 78 52.

Newsletter

Grüne Tüchtigkeit lässt Linke schauern DIE LINKE müsse erst zeigen, dass sie zu realitätstüchtiger Politik fähig sei, meint die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

Die realen Grünen haben uns »Hartz IV« beschert, die Bundeswehr in Kriege geschickt und Millionäre reichlich beschenkt. So viel grüne Tüchtigkeit lässt LINKE schauern.
Berlin, den 7. März 2010

CDU/CSU war nicht Richter, sondern angeklagt

CDU-Politiker drängen auf ein neues Gesetz zur Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Kaum hat das Bundesverfassungsgericht die praktizierte Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig erklärt, schon nehmen CDU-Politiker einen neuen Anlauf. Frei nach dem Motto: »Ohne Überwachung ist mit uns kein Staat zu machen!« Ihr rechtspolitischer Sprecher Kauder geht sogar noch weiter. Er moniert, das Bundesverfassungsgericht erschwere seine Arbeit. Dabei verdrängt er: Die CDU/CSU war in »Karlsruhe« nicht Richter, sondern angeklagt.
Berlin, den 6. März 2010

Befristete Arbeitsverhältnisse abschaffen statt ausweiten

Ein Armutszeugnis für die deutsche Arbeitsmarktpolitik sieht **Jutta Krellmann** in der Zahl der befristet Beschäftigten, die so hoch ist wie nie. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu befristeten Arbeitsverhältnissen. Die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Arbeit und Mitbestimmung fordert die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen, um den Menschen endlich wieder eine echte Lebensplanung zu ermöglichen. Das genaue Gegenteil, nämlich eine Ausweitung von befristeten Jobs, plant Arbeitsministerin von der Leyen und macht damit Politik gegen die Menschen und vor allem gegen Familien meint Klaus Ernst. Der stellvertretende Vorsitzende der LINKEN wirft von der Leyen vor, damit ihre eigenen familienpolitischen Positionen zu verraten.

Bundesregierung zerstört die Gesellschaft

In der Generaldebatte über den Haushaltset der Bundeskanzlerin und des Kanzleramts kritisierte **Gregor Gysi**, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, den erbärmlichen Zustand der Bundesregierung. Dass Bankmanager wie Ackermann auf Kosten der Steuerzahler wieder 10 Millionen verdienen können, sei nur einer von vielen Skandalen. Es ist Zeit umzudenken: Weg von Kopfpauschale, Aufstocken und Entsolidarisierung. Stattdessen Bankabgabe, Bürgerversicherung, Mindestlohn und öffentlich geförderte Beschäftigung – das sind nur einige von der LINKEN gegebene Stichworte. Angesichts der Rekordneverschuldung und der völlig falschen Schwerpunktsetzung der Regierung hat DIE LINKE den Haushalt abgelehnt.

PINNWAND

Termine

- in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
- Di., 20.04., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
- Di., 27.04., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
- Di., 04.05., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
- Mo., 10.05., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**
- Mi., 12.05., 18:30 Uhr: **AG Soziales**



Der Sozialismus war eine grandiose Idee, und er scheiterte kläglich. Der Kapitalismus scheitert permanent grandios.

Die Wertlehre des Sozialismus: Ohne Fleiß kein Preis.
Die Wertlehre des Kapitalismus: Ohne Preis kein Fleiß.

Geburtstage

- 16.04.: 65 Jahre, Peter Kunze
- 20.04.: 76 Jahre, Gertraud Mahling
- 10.05.: 69 Jahre, Eugen Rudolph
- 12.05.: 61 Jahre, Anita Konzack
- 13.05.: 91 Jahre, Elisabeth David

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Parteizufluss

FDP-Politiker sprechen bei Parteispenden nicht mehr von Spenden, sondern von Zufluss. Verständlich: Ein Zufluss ist ein überraschendes Naturwunder, erquickend, belebend, bestechend – und unkontrollierbar.
Werner Lutz

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am 10. Mai** ab 10 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.